

Stadtverwaltung Aachen – Dez. II – Johannes-Paul-II.-Straße 1 – 52062 Aachen

Auskunft Frau Stadtkämmerin Grehling

Gebäude Verwaltungsgebäude Katschhof / Zimmer 217

Telefon 0241 / 432 - 7402

Telefax 0241 / 432 - 2099

e-mail dezernat2@mail.aachen.de

Internet www.aachen.de

Aktenzeichen

Kassenzeichen

Datum 23.01.2015

An
die Fraktionen im Rat der Stadt

Veränderungsnachweisung zum Haushaltsplan 2015:

hier: Antrag der Fraktion „Die Grünen“ im Finanzausschuss zur Ausfinanzierung der Schulsozialarbeit in der mittelfristigen Finanzplanung, gestellt in der Finanzausschusssitzung 20.01.2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem genannten Antrag soll die Finanzierung der Schulsozialarbeit bis einschl. 2018 unter Zuhilfenahme einer angekündigten Landesförderung dargestellt werden. Dieser Antrag wurde in der benannten Finanzausschusssitzung nicht abgestimmt. Vielmehr sollte vor der Beschlussfassung des Rates eine weitere Stellungnahme der Verwaltung erfolgen.

Die derzeitige Einplanung des Aufwandes entspricht den aktuellen Erkenntnissen, nach denen sich der Personalaufwand für die aufgrund des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) zusätzlich eingestellten Kräfte auf rd. 1 Mio. €/Jahr beläuft. Daneben entstehen geringe Sachkosten zur Einrichtung der Stellen.

Details zur Umsetzung der angekündigten Landesförderung sind jedoch noch nicht bekannt. Der Mitteilung des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales NW vom 28.11.2014 folgend ist für den Bereich der Städteregion mit einer neuen Landesförderung in Höhe von 2,035 Mio. €/Jahr (brutto einschl. Eigenanteil) für die Jahre 2015 bis 2017 zu rechnen. Nach dem von der Bürgermeisterkonferenz für zukünftige Förderungen mit der Städteregion vereinbarten Verteilerschlüssel (10% für Berufskollegs, von den verbleibenden 90 % entfallen auf die Stadt 51,20%) beträgt der Anteil für die Stadt ca. 937.000 €/brutto. Das neue Förderprogramm fordert von der Stadt Aachen eine Eigenleistung von 30%, also ca. 281.000 € jährlich. Der Nettoertrag würde sich somit auf jährlich ca. 656.000 € belaufen. Als Förderzeitraum sind die kommenden 3 Jahre genannt.

Ein definitiver Bescheid liegt der Fachverwaltung bis heute noch nicht vor. Es ist lediglich eine Mitteilung des Landschaftsverbandes Westfalen bekannt, nach der der Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW die Förderrichtlinien erarbeitet. Ein Zeitpunkt der Veröffentlichung ist nicht bekannt. Wegen fehlender Förderrichtlinien kann bis zum heutigen Tag insbesondere zu einem Einsatz der noch nicht verbrauchten BuT-Mittel aus dem alten Programm etwa als Eigenmittel im neuen Förderprogramm noch keine Aussage gemacht werden. Rückfragen bei anderen Kommunen könnten auch nicht zur Erhellung dieses Sachverhaltes beitragen.

Konto der Stadtkasse:
Konto Nr. 34
Sparkasse Aachen
BLZ 390 500 00



Vor diesem Hintergrund ist die Ausweitung der Kostenlast für die Schulsozialarbeit im beantragten Sinne für den gesamten mittelfristigen Finanzplanungszeitraum bis einschließlich 2018 aus dem bisher veranschlagten Personalkostenverbund mit einem erheblichen Risiko behaftet.

Angesichts der vorliegenden vorläufigen Rechnungsergebnisse zum Personalkostenverbund geht die Verwaltung nach nochmaliger Prüfung davon aus, dieses Risiko eingehen zu können. Unterstellt wird dabei, dass sich das Land der allgemeinen Finanzierungssituation bewusst ist und eine dauerhafte Finanzierung der Schulsozialarbeit gesichert werden sollte. Inwieweit die angesprochenen Sachkosten auch in den Jahren 2016 bis 2018 benötigt werden, ist derzeit noch Gegenstand der Prüfung. Die Sachkosten werden gegebenenfalls in der Haushaltsplanung 2016 berücksichtigt.

Die Verwaltung beabsichtigt die Finanzierung der Schulsozialarbeit über die gesamte mittelfristige Planung aus dem Personalkostenverbund darzustellen. Auf die Darstellung und jahresbezogene Aufteilung der möglichen Landesförderung muss aus den oben genannten Gründen verzichtet werden. Soweit eine Förderung des Landes erfolgt, ist diese im Gegenzug im Rahmen der Haushaltsbewirtschaftung als Verbesserung des Haushalts zu erfassen.

In Vertretung



Grehling

Konto der Stadtkasse:	Öffnungszeiten	
Konto Nr. 34	Montag, Dienstag,	08.30 - 12.00 Uhr und 13.30 - 15.00
Sparkasse Aachen	Mittwoch	08.30 - 12.00 Uhr und 13.30 - 17.00
BLZ 390 500 00	Freitag	08.30 - 12.00 Uhr

Übersicht über die Veränderungen im Investitionsplan

Übersicht

	2015	2016	2017	2018
Nettoneuverschuldung Entwurf	2.201.500 €	4.645.000 €	11.860.000 €	-4.961.800 €
Nettoneuverschuldung aktuell (inkl. Veränderung Finanzausschuss)	2.229.200 €	2.304.400 €	906.700 €	-3.085.400 €
Differenz	27.700 €	-2.340.600 €	-10.953.300 €	1.876.400 €

Veränderungen*

Umlegung Lichtenbusch

	2015	2016	2017	2018
Stand vor Finanzausschuss	0 €	0 €	0 €	0 €
Veränderung des Finanzausschusses	120.000 €	0 €	0 €	0 €
Akt. Ansatz	120.000 €	0 €	0 €	0 €

* Die Gesamtveränderungen des Investitionsplanes wirken sich direkt auf die geplante Kreditaufnahme im Finanzplan aus (Finanzstelle 160201900).

Haushaltssatzung der Stadt Aachen für das Haushaltsjahr 2015

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW. S.666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19.12.2013 (GV.NRW.2013 S.878), hat der Rat der Stadt Aachen mit Beschluss vom XX.XX.XXXX folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Aachen voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf	838.111.300 EUR
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	876.858.300 EUR

im Finanzplan mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	789.236.900 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	805.096.300 EUR

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	48.741.100 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	93.315.100 EUR

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	53.164.500 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	29.644.400 EUR

festsetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der **Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf 44.574.000 EUR festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf festgesetzt. 31.280.600 EUR

§ 4

Die Verringerung der **allgemeinen Rücklage** aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf festgesetzt. 38.747.000 EUR

§ 5

Der Höchstbetrag der **Kredite**, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf festgesetzt. 500.000.000 EUR

§ 6*

Die Steuersätze für die **Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2015 wie folgt festgesetzt:

- | | |
|--|-----------|
| 1. Grundsteuer | |
| 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 305 v. H. |
| 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 525 v. H. |
| 2. Gewerbesteuer auf | 475 v. H. |

* Aufgrund der erlassenen Hebesatzsatzung haben die hier festgesetzten Hebesätze lediglich deklaratorische Bedeutung.

§ 7

Entfällt.

§ 8

Die Wertgrenze für Investitionen gemäß § 14 Gemeindehaushaltsverordnung wird auf 150.000 € festgesetzt.

§ 9

1. Zweckgebundene Erträge sind auf die Verwendung für bestimmte Aufwendungen beschränkt. Wenigererträge reduzieren die Aufwandsermächtigung. Mehrerträge können nach Zustimmung der Kämmerin für entsprechende Mehraufwendungen verwandt werden.
2. Die Aufwendungen der Produkte innerhalb eines Dezernates sind mit Ausnahme der Personalaufwendungen, der Aufwendungen aus bilanziellen Abschreibungen, der Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen und den Aufwendungen für Festwerte gegenseitig deckungsfähig. Die gegenseitige Deckungsfähigkeit über die Produkte hinweg darf nur mit Zustimmung der Kämmerin in Anspruch genommen werden. Über Dezernatsgrenzen hinaus unterliegt die Deckungsfähigkeit den Regelungen der Erheblichkeitsgrenzen der Hauptsatzung.
3. Die Personalaufwendungen und die Versorgungsaufwendungen sind produktübergreifend gegenseitig deckungsfähig. Gleiches gilt jeweils für die Aufwendungen aus bilanziellen Abschreibungen, die Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen und die Aufwendungen für Festwert.
4. Die für die Teilergebnispläne ausgewiesenen Vermerke gelten analog für die Veranschlagungen der laufenden Verwaltungstätigkeit des Finanzplanes.

§ 10

1. Die im Stellenplan enthaltenen Vermerke
ku- künftig umzuwandeln
kw- künftig wegfallend
werden beim Ausscheiden des bisherigen Stelleninhabers aus dieser Stelle wirksam.
2. Beamte können mit Rückwirkung von höchstens drei Monaten in die höhere Planstelle eingewiesen werden, soweit sie während dieser Zeit die Obliegenheiten eines verliehenen oder eines gleichartigen Amtes tatsächlich wahrgenommen haben und die Planstellen, in die sie eingewiesen werden, besetzbar waren. *

* Nur und in dem Maße anwendbar, wie aus Gründen der Übergangswirtschaft (§ 82 GO NRW) eine Beamtenbeförderung in das erste Beförderungsamt der Laufbahngruppen des mittleren und gehobenen Dienstes nicht nach Ablauf der Wartezeit von zwei Jahren in Laufbahngruppen des mittleren Dienstes bzw. zwei Jahren und sechs Monaten in Laufbahngruppen des gehobenen Dienstes zum dafür vorgesehenen Zeitpunkt ausgesprochen werden konnte.

Übersicht über die Veränderungen im Investitionsplan

Übersicht

	2015	2016	2017	2018
Nettoneuverschuldung Entwurf	2.201.500 €	4.645.000 €	11.860.000 €	-4.961.800 €
Nettoneuverschuldung aktuell (inkl. Veränderung Finanzausschuss)	2.229.200 €	2.304.400 €	906.700 €	-3.085.400 €
Differenz	27.700 €	-2.340.600 €	-10.953.300 €	1.876.400 €

Veränderungen*

Umlegung Lichtenbusch

	2015	2016	2017	2018
Stand vor Finanzausschuss	0 €	0 €	0 €	0 €
Veränderung des Finanzausschusses	120.000 €	0 €	0 €	0 €
Akt. Ansatz	120.000 €	0 €	0 €	0 €

* Die Gesamtveränderungen des Investitionsplanes wirken sich direkt auf die geplante Kreditaufnahme im Finanzplan aus (Finanzstelle 160201900).



Stadtverwaltung Aachen – Dez. II – Johannes-Paul-II.-Straße 1 – 52062 Aachen

Auskunft Frau Stadtkämmerin Grehling

Gebäude Verwaltungsgebäude Katschhof / Zimmer 217

Telefon 0241 / 432 - 7402

Telefax 0241 / 432 - 2099

e-mail dezernat2@mail.aachen.de

Internet www.aachen.de

An
die Fraktionen im Rat der Stadt

Aktenzeichen

Kassenzeichen

Datum 23.01.2015

Veränderungsnachweisung zum Haushaltsplan 2015:

hier: Antrag der Fraktion „Die Grünen“ im Finanzausschuss zur Ausfinanzierung der Schulsozialarbeit in der mittelfristigen Finanzplanung, gestellt in der Finanzausschusssitzung 20.01.2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

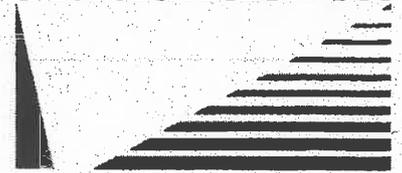
mit dem genannten Antrag soll die Finanzierung der Schulsozialarbeit bis einschl. 2018 unter Zuhilfenahme einer angekündigten Landesförderung dargestellt werden. Dieser Antrag wurde in der benannten Finanzausschusssitzung nicht abgestimmt. Vielmehr sollte vor der Beschlussfassung des Rates eine weitere Stellungnahme der Verwaltung erfolgen.

Die derzeitige Einplanung des Aufwandes entspricht den aktuellen Erkenntnissen, nach denen sich der Personalaufwand für die aufgrund des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) zusätzlich eingestellten Kräfte auf rd. 1 Mio. €/Jahr beläuft. Daneben entstehen geringe Sachkosten zur Einrichtung der Stellen.

Details zur Umsetzung der angekündigten Landesförderung sind jedoch noch nicht bekannt. Der Mitteilung des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales NW vom 28.11.2014 folgend ist für den Bereich der Städteregion mit einer neuen Landesförderung in Höhe von 2,035 Mio. €/Jahr (brutto einschl. Eigenanteil) für die Jahre 2015 bis 2017 zu rechnen. Nach dem von der Bürgermeisterkonferenz für zukünftige Förderungen mit der Städteregion vereinbarten Verteilerschlüssel (10% für Berufskollegs, von den verbleibenden 90 % entfallen auf die Stadt 51,20%) beträgt der Anteil für die Stadt ca. 937.000 €/brutto. Das neue Förderprogramm fordert von der Stadt Aachen eine Eigenleistung von 30%, also ca. 281.000 € jährlich. Der Nettoertrag würde sich somit auf jährlich ca. 656.000 € belaufen. Als Förderzeitraum sind die kommenden 3 Jahre genannt.

Ein definitiver Bescheid liegt der Fachverwaltung bis heute noch nicht vor. Es ist lediglich eine Mitteilung des Landschaftsverbandes Westfalen bekannt, nach der der Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW die Förderrichtlinien erarbeitet. Ein Zeitpunkt der Veröffentlichung ist nicht bekannt. Wegen fehlender Förderrichtlinien kann bis zum heutigen Tag insbesondere zu einem Einsatz der noch nicht verbrauchten BuT-Mittel aus dem alten Programm etwa als Eigenmittel im neuen Förderprogramm noch keine Aussage gemacht werden. Rückfragen bei anderen Kommunen könnten auch nicht zur Erhellung dieses Sachverhaltes beitragen.

Konto der Stadtkasse:
Konto Nr. 34
Sparkasse Aachen
BLZ 390 500 00



Vor diesem Hintergrund ist die Ausweitung der Kostenlast für die Schulsozialarbeit im beantragten Sinne für den gesamten mittelfristigen Finanzplanungszeitraum bis einschließlich 2018 aus dem bisher veranschlagten Personalkostenverbund mit einem erheblichen Risiko behaftet.

Angesichts der vorliegenden vorläufigen Rechnungsergebnisse zum Personalkostenverbund geht die Verwaltung nach nochmaliger Prüfung davon aus, dieses Risiko eingehen zu können. Unterstellt wird dabei, dass sich das Land der allgemeinen Finanzierungssituation bewusst ist und eine dauerhafte Finanzierung der Schulsozialarbeit gesichert werden sollte. Inwieweit die angesprochenen Sachkosten auch in den Jahren 2016 bis 2018 benötigt werden, ist derzeit noch Gegenstand der Prüfung. Die Sachkosten werden gegebenenfalls in der Haushaltsplanung 2016 berücksichtigt.

Die Verwaltung beabsichtigt die Finanzierung der Schulsozialarbeit über die gesamte mittelfristige Planung aus dem Personalkostenverbund darzustellen. Auf die Darstellung und jahresbezogene Aufteilung der möglichen Landesförderung muss aus den oben genannten Gründen verzichtet werden. Soweit eine Förderung des Landes erfolgt, ist diese im Gegenzug im Rahmen der Haushaltsbewirtschaftung als Verbesserung des Haushalts zu erfassen.

In Vertretung



Grehling

Konto der Stadtkasse:	Öffnungszeiten	
Konto Nr. 34	Montag, Dienstag	08.30 - 12.00 Uhr und 13.30 - 15.00
Sparkasse Aachen	Mittwoch	08.30 - 12.00 Uhr und 13.30 - 17.00
BLZ 390 500 00	Freitag	08.30 - 12.00 Uhr



Haushaltsrede 2015:

Die Zukunft hängt davon ab, was wir heute tun.

Harald Baal

Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Aachen

Sperrfrist 28.01.2015 - 17:30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst bedanke ich mich bei der Kämmerin, dem Leiter der Kämmerei und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gemeinsame Arbeit am Haushalt 2015 und der Finanzplanung bis 2018. Es gelingt Ihnen jedes Jahr aufs Neue, einen genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf vorzulegen. Das sollte nicht zu dem Fehlschluss führen, dass das immer selbstverständlich ist und keiner besonderen Mühe bedarf.

Sie haben im Oktober 2014 einen genehmigungsfähigen Entwurf eingebracht, der im Laufe der Beratungen Verbesserungen erfahren hat. Deshalb direkt am Anfang der Debatte:

Herzlichen Dank für Ihren Einsatz,
herzlichen Dank für Ihre Arbeit.

Wenn ich von Verbesserungen spreche, dann gehört dazu auch die Erhöhung der Grundsteuer. Nach fünf Jahren ohne Änderung wird die Grundsteuer an die Inflationsrate der letzten fünf Jahre angepasst. Für eine 70qm Wohnung bedeutet das: ein Euro mehr pro Monat. Der Winterdienst am letzten Wochenende hatte mehr Einfluss auf die Nebenkosten einer Wohnung, als diese Veränderung.

Wenn Sie das erste Mal in das Zahlenwerk des Haushalts eintauchen und sich durch fast 2.000 Seiten Zahlen in Tabellen, Spalten und Zeilen lesen, dann ist das nicht besonders spannend.

Wenn Sie, wie die neue CDU-SPD Koalition, Politik mit Leidenschaft betreiben, dann gelingt es Ihnen, hinter den Zahlen, die Fakten und Taten zu sehen, die Aachens Gegenwart und Aachens Zukunft beschreiben.

Aachen präsentiert sich heute als eine Stadt mit besonderer Vielfalt und Angeboten in den Bereichen Kultur, Schule, Jugend und Sport.

Aachen, das sind sechs Museen, neun Theater und ein Sinfonie-Orchester. Im Schnitt findet alle sechs Tage in Aachen ein Konzert statt.

Aachen in Zahlen, heißt auch:

- 12.139 Kinder besuchen 38 Grundschulen,
- 16.564 Kinder lernen in 25 weiterführenden Schulen.
- 136 Kitas bieten Platz für 7.401 Kinder.
- 33 Einrichtungen unterhalten Angebote für Kinder und Jugendliche
- 36 Sportplätze und eine Vielzahl von Sporthallen,
- fünf Schwimmbäder und ein Freibad

Das alles ist eine gute Grundlage für die zukünftige Entwicklung. Für uns ist das aber nicht genug. Wir wollen mehr. Wie Marie von Ebner-Eschenbach kann ich sagen:

*Wenn die Zeit kommt, in der man könnte,,
ist die Zeit vorüber, in der man kann.*

Wir sehen Aachens Zukunft als eine weltoffene Großstadt, die sich zunehmend als Wissenschaftsstadt im Herzen Europas profiliert.

Wir sehen eine Stadt, die Bildung vom U3-Platz bis hin zum Promotionsstudium an einer Exzellenzuniversität anbietet.

Wir sehen eine Stadt, die nicht nur in der eigenen Region über eine besondere Attraktivität verfügt, sondern sich über den Zuzug von Menschen aus allen Teilen der Welt erfreut.

Wir sehen eine europäische, eine internationale Stadt, in der die Menschen engagiert und tolerant zusammenleben – und das auch gut finden.

Wir sehen eine Stadt, in der jeder der kommt, willkommen ist.

Basis für uns ist dabei die Arbeit für den Standort Aachen. Entscheidend für die Frage, ob die Menschen in Aachen die Chance haben ein sinnerfülltes Leben zu führen, ist die Möglichkeit in Aachen einen Beruf auszuüben, der den Unterhalt der Familie sichert. Das wird nur mit weiteren, zusätzlichen Arbeitsplätzen gehen.

Die Kraftquelle, die wir in Aachen haben, sind die verschiedenen Hochschulen. Mit der RWTH und den Fachhochschulen verfügen wir in Aachen über ein enormes Potential für den globalen Wettbewerb um zukunftsfähige Arbeitsplätze. Ein Wettbewerb, der keinen Stillstand verträgt.

Das bedeutet für uns, dass wir die Entwicklungen rund um die Hochschulen festigen und beschleunigen. Dazu gehört die Fortentwicklung des Campus Melaten und die Vervollständigung des Campus West mit dem neuen Projekt Makers-Factory.

Dazu gehört auch eine nachhaltige Anbindung der Hochschulen an den ÖPNV. Dazu gehört für uns aber auch eine stärkere Verknüpfung des Hochschulviertels mit der Aachener Innenstadt.

In Aachen verbindet sich innerstädtisches Wohnen mit der historischen Innenstadt. Auf einer Vielzahl von öffentlichen Plätzen rund um das Weltkulturerbe erzeugt die Stadt eine urbane Atmosphäre, die nicht nur in Nordrhein-Westfalen besonders ist. Deshalb beleben wir den Einzelhandel rund um Dom und Rathaus.

Mit dem Innenstadtkonzept 2022 untermauern wir eine kraftvolle, wohnwerte Innenstadt. Dom und Rathaus sind keine historischen Museen, sondern lebendiges Herz unserer Stadt.

Dabei übersehen wir nicht, dass nicht einzelne Städte im Wettbewerb stehen, sondern wir einen Wettbewerb der Regionen erleben. Einen Standortwettbewerb der Regionen um junge Familien, kluge Köpfe und kreative Unternehmen. Wir haben dazu mit der Städtereion Aachen eine gute Grundlage - auch wenn es manchmal mühsam ist. Wir sollten dennoch nicht locker lassen und aktiv weiter an unserer - und mit unserer Region arbeiten - diesseits und jenseits der Grenze.

Voraussetzung für die positive Entwicklung der Wissenschaftsstadt Aachen ist Zuwanderung. Es wäre naiv und einfältig zu glauben, dass internationale, wissenschaftliche Exzellenz ausschließlich mit den hier lebenden Aachenerinnen und Aachenern zu erreichen ist. Qualität wächst mit dem Austausch.

Zuwanderung, das ist die Studierende aus dem sauerländischen Arnsberg ebenso wie der Flüchtling aus dem syrischen Aleppo. Die Bedürfnisse der beiden sind unterschiedlich. Die Talente sind möglicherweise nicht identisch. Gemeinsam ist beiden diese umfassende, leidenschaftliche und handlungsleitende Ausrichtung auf die Zukunft. Gemeinsam ist ihnen: Mut - Zuversicht - Hoffnung.

Zuwanderung hat Aachen im letzten Jahr auf über 250.000 Einwohner wachsen lassen. Ohne die Aufnahme der Flüchtlinge wäre unsere Stadt geschrumpft, und das wäre eine Entwicklung in die falsche Richtung.

Die Zukunft hängt davon ab, was wir heute tun.

Dieser Satz von Gandhi heißt für uns übersetzt: Wer Visionen will, muss heute Kräfte bündeln und sich auf das Wesentliche konzentrieren. Erst durch die Tat wird aus der Vision ein Ziel - abgeleitet von den Kernkompetenzen dieser Stadt. Das wird sicher nicht nur auf Zustimmung, sondern auch auf Skepsis stoßen.

In einer Demokratie gibt es immer die Möglichkeit zur Wahl. Es gibt aber auch die Verpflichtung zur Entscheidungen und zum Handeln.

Es mag den Einzelnen geben, der meint, "Et dät et os".

Es mag den Einzelnen geben, der lieber auf die Entwicklung der Wissenschaftsstadt verzichtet.

Es mag den Einzelnen geben, der die Auffassung vertritt, dass ein Verzicht auf Zuwanderung richtig ist.

Der Einzelnen muss dann aber auch akzeptieren, dass solch ein sorgengeleiteter Verzicht ein Verzicht auf Wohlstand in der Zukunft und ein Verzicht auf weitere soziale Sicherheit zur Folge hat.

Wer bestehende Zustände festschreibt, wer sich mit dem Erreichten zufrieden gibt, der schließt Veränderungen aus.

Der akzeptiert, dass Langzeitarbeitslose keine Arbeit finden.

Der akzeptiert, dass Kinder unterschiedlichen Zugang zu Bildung haben.

Der akzeptiert, dass Wohnungssuchende keine neue Wohnung finden.

Der akzeptiert, dass der Schwäche keine Hilfe erfährt, Ungerechtigkeiten festgeschrieben und Defizite nicht ausgeglichen werden.

Unsere Antwort zu dieser Art Skepsis sind fünf Worte:

Einer trage des andern Last (Gal 6,2)

Wir sind deshalb der Überzeugung, dass es richtig ist, Zukunftschancen zu eröffnen. Internationale Wissenschaftsstadt und Zuwanderung sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Sie bedingen sich gegenseitig.

Wir benötigen beides, wir benötigen Alle. Ohne geht es gar nicht.

Der Einzelne mag für sich die Wahl haben. Die Wahl zwischen dem Weg der Sorge und der Skepsis oder dem Weg der Hoffnung und der Zuversicht.

Was der Einzelne für sich als Alternative sieht, ist keine Alternative. Keine Alternative für Deutschland und erst recht keine Alternative für Aachen.

Die Stadt, die Gesellschaft, die Politik haben keine Wahl. Unsere Pflicht ist es nicht aufzuhören, Verbesserungen anzustreben und umzusetzen. Dazu ist die Koalition von Christdemokraten und Sozialdemokraten angetreten. Ich lade gerne Alle ein, diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen. Je größer der Schulterschluss, je stärker unsere Geschlossenheit, je größer ist unsere Erfolgsmöglichkeit. Wir gehen den Weg entschlossen, mit Mut, mit Zuversicht und mit Hoffnung – so wie die Menschen, die zu uns kommen.

*Am Ende wird alles gut,
und wenn es nicht gut ist, dann sind wir noch nicht am Ende.
(Oscar Wilde)*

Haushaltsrede 2015

Michael Servos

Sperrfrist 28.01.2015, 18 Uhr

– Es gilt das gesprochene Wort –



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein turbulentes Jahr liegt hinter uns, ein finanziell schwieriges Jahr liegt vor uns. Bevor wir uns sogleich in die Untiefen des Stadtsäckels begeben, möchte ich es nicht versäumen, Ihnen, Frau Grehling, und Ihrem Team für die geleistete Arbeit zu danken! Sie sind es, die gemäß den politischen Vorgaben die Enden des Haushalts zusammenhalten und ggf. nachsteuern müssen, wie wir Ende letzten Jahres leider auch zu spüren bekommen haben. Danken möchte ich auch dafür, dass unser Antrag für einen leichter lesbaren Haushalt beraten wurde und im kommenden Jahr umgesetzt wird. Das ist ein gutes Signal: **Wer Bürgerbeteiligung ernst nimmt, muss zuallererst dafür sorgen, dass Bürgerinnen und Bürgern der Zugang zu unseren Daten vereinfacht wird.** Diesen Weg wollen wir in Zukunft forcieren. Und das nicht nur beim Haushalt.

Meine Damen und Herren,
unsere Stadt wird in den kommenden Jahren mit einigen Problemen zu kämpfen haben. So werden wir unter anderem unsere städtischen Unternehmen durch schwierige Gewässer steuern müssen. Die Auswirkungen der - gewünschten und gewollten - Hinwende zu erneuerbaren Energien haben leider auch zu Verschlechterungen bei den finanziellen Ergebnissen unseres städtischen Energieversorgers geführt. Wir haben hier zwar noch harte Jahre vor uns, können jedoch das Licht am Ende des Tunnels schon sehen. Auch bei der ASEAG gilt es, Kurs zu halten und mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln das Mögliche zu bewegen: Die Effizienz des Aachener ÖPNV ist auf einem hervorragenden Niveau angekommen und die immer noch steigenden Fahrgastzahlen sind für unsere ökologische Bilanz von enormer Bedeutung. Aber ÖPNV ist eben immer ein Zuschussgeschäft, das bezahlt werden muss. Ich möchte die Gelegenheit nutzen und mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern all unserer Töchter bedanken, von der Geschäftsführung bis zur Reinigungskraft. Hier wird eine tolle Arbeit geleistet. Danke!

Unser wichtigstes Ziel ist derzeit das mittelfristige Erreichen eines ausgeglichenen Haushaltes. **Nicht um des Sparens Willen, sondern um unsere Handlungsfähigkeit zu erhalten.** Nur, wenn wir unsere Entscheidungen selbst und in diesem Rat treffen, können wir diese Stadt wirklich gestalten. Sparen heißt hierbei nicht ausschließlich, dass wir Leistungen streichen und teilweise Gebühren anheben müssen. Auch durch sinnvolle Investitionen in die Zukunft, wie zum Beispiel das



Babybegrüßungspaket, können wir langfristig Kosten reduzieren und sogar Einnahmen schaffen. Darüber hinaus gilt es, nicht durch ein diffuses Vorgehen nach der Rasenmähermethode wichtige Bereiche kaputt zu sparen, sondern Aufgaben gezielt zu betrachten und zu bewerten, ob sie weiterhin notwendig und leistbar sind. **Die seit der Einführung der Wiederbesetzungssperre angekündigte Aufgabenkritik wird jetzt endlich in Angriff genommen werden.** Dabei ist es wichtig, dies nicht immer wieder an die Verwaltung zu delegieren, sondern aktiv zu begleiten. Es ist an der Politik, also an uns, auszuwählen, welche der Aufgaben, die wir durch Beschlüsse geschaffen haben, überprüft und hinterfragt werden müssen. Es ist an uns, Prioritäten auszuweisen! Erste Gespräche dazu wurden bereits geführt, weitere werden folgen, damit wir in dieser Wahlperiode endlich sichtbare Veränderungen vorweisen können und die "Krücke Wiederbesetzungssperre" entfallen kann.

Neben der Ausgabenseite müssen leider auch in diesem Jahr einige Punkte auf der Einnahmenseite in Angriff genommen werden. Wir kommen nicht um moderate Erhöhungen in einigen Bereichen herum. Neben der Grundsteuer B betrifft dies zum Beispiel auch die Erhöhung der Eintrittsgelder für unsere Schwimmbäder. Hier konnte jedoch der Vorschlag der Verwaltung deutlich angepasst und familienfreundlicher gestaltet werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,
in einer Situation wie dieser gilt es, klare politische Schwerpunkte zu setzen. Unser Kompass bleibt dabei der Koalitionsvertrag von CDU und SPD. Unser gemeinsames Ziel ist es, den Standort Aachen zu erhalten und seine hohe Attraktivität weiter zu steigern. Das gilt für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort, aber vordringlich und zuallererst für den Lebensstandort Aachen. Ur-Öcher und Zugezogene, Jung und Alt, Arbeiter und Akademiker, alle Menschen sollen hier gerne leben. Zu den wichtigsten Faktoren, die unsere Stadt attraktiv machen, gehören gute Bildung und Betreuung, ein starkes soziales Netz und preiswerter Wohnraum, nicht zu vergessen die Gleichstellung von Mann und Frau, ebenso wie eine intakte Umwelt und ein hochwertiges Kultur- und Freizeitangebot. **Als weltoffene Stadt wollen wir alle, die Aachen als ihre Heimat sehen, willkommen heißen und sie ermutigen bei uns zu bleiben, sich wohlfühlen und Teil dieser bunten Stadtgesellschaft zu sein.**

Willkommen heißen - das fängt schon bei den ganz Kleinen an, indem wir unseren Kindern die besten Chancen und die beste Betreuung geben. Unsere Maßnahmen in



den Bereichen Kinder, Jugend und Schule betreffen dabei nicht nur die kleinsten Öcher. Sie betreffen junge Familien und Alleinerziehende genauso wie Absolventinnen und Absolventen, Großeltern und Arbeitgeber.

Ja, es ist leider richtig: An einigen Stellen sind wir gezwungen, die Kita-Gebühren anzupassen. Seit der letzten Steigerung vor acht Jahren gab es vier Tarifrunden, die unsere Personalkosten - verdienentermaßen - erhöht haben. Bei einem Einkommen von im Mittel 45.000€ jährlich beträgt diese moderate Erhöhung zwischen 15 und 40 Cent pro Betreuungsstunde. Mehr zahlen auch die extrem hohen Einkommen über 100.000€ im Jahr, für eine gerechtere Gestaltung des Systems!

Wir halten am Ziel der kostenfreien frühkindlichen Bildung fest. Zwar fehlen die finanziellen Ressourcen für eine sofortige Freistellung, richtig ist aber auch, **dass durch unsere Entscheidung erstmals mehr als jedes zweite Kind die Kita kostenfrei besucht** und Familien mit wenig finanziellen Mitteln um über 1700€ im Jahr entlastet werden! Mit dem gewonnenen Spielraum sichern wir zum einen den Fortschritt des Kita-Ausbaus auf 50% in der U3-Betreuung. Zum anderen steigen wir in diesem Jahr in den **Ausbau der Randzeitenbetreuung** ein. Mit jährlich einer hinzukommenden Kita, die Zeiten außerhalb der üblichen Öffnungszeiten anbietet, wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern, jungen Vätern und Müttern eine höhere Flexibilität ermöglichen und den Rücken frei halten.

Wenngleich wir nicht alle Wünsche auf Erhöhung des städtischen Zuschusses erfüllen konnten, die im Bereich der freien Träger offen waren: Auch hier konnten wir ein gutes Stück unter die Arme greifen. Der Verein für Alleinerziehende Mütter und Väter oder der Jugendtreff in Walheim schaffen wichtige Angebote, die vor allem vom Präventionsgedanken getragen werden. Denn nicht erst seit heute wissen wir: Vorbeugend unterstützen lohnt sich! Nicht nur unter dem finanziellen Aspekt ist dies eine lohnende Investition: Kinder, die Unterstützung erfahren und ausgeglichen sind, werden zu stabilen, selbstbewussten Pfeilern der Gesellschaft.

Willkommen heißen, in dieser, unserer Aachener Stadtgesellschaft, wollen wir auch alle Schülerinnen und Schüler im Regelschulsystem. Hier stehen wir immer noch vor der großen Herausforderung der Inklusion. Es ist und bleibt richtig, dass wirklich alle Kinder einen ihren Anforderungen genügenden Platz an einer Regelschule zur Verfügung gestellt bekommen. Dazu gehört für die Stadt vor allem die Organisation der Ausstattung und der erforderlichen baulichen Maßnahmen an den neu zu bildenden Schwerpunktschulen. Wichtig ist dabei, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen und umsichtig zu handeln. Wir stellen im Haushalt fast 3 Mio. Euro für inklusive Zwecke zur Verfügung und nur ein kleiner Teil davon wird vom



Land oder Bund erstattet, aber aus unserer Sicht sind das unter dem Strich **lohnende und erforderliche Investitionen in gute Bildungsangebote für alle Aachener Kinder – mit und ohne Behinderung** – die wir trotz angespannter Haushaltslage gerne in die Hand nehmen. Für die Bewältigung dieser durchaus konflikträchtigen Mammutaufgabe danke ich Frau Schwier und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Schule ist mehr als Lernen. Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler optimal unterstützt werden, dass sie in der Schulgemeinschaft aufgenommen und integriert werden und dass es in den Aachener Schulen Menschen gibt, die sie bei Sorgen und Problemen begleiten. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir trotz aller Unsicherheiten und Risiken schon heute klare Signale setzen, dass die **Schulsozialarbeit bis einschließlich 2018 gesichert ist**. Wir wissen: "Vorsorge ist besser als Nachsorge."

Willkommen heißen - für uns heißt das auch, dass Menschen, die zu uns kommen, wissen, dass wir als Stadt und als Gesellschaft auch dann für sie da sind, wenn sie gerade nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Unser Ziel, in jedem Sozialraum jährlich einen **Quartiersmanager** mehr zu schaffen, verfolgt genau diesen Ansatz. Wir wollen den Sachverstand vor Ort nutzen, die Probleme vor Ort angehen und vor Ort interdisziplinär arbeiten. Den Anfang macht in diesem Jahr der Preuswald, folgen werden Driescher Hof und Kronenberg. Auch diese Sozialraumorientierung sehen wir als Präventionsmaßnahme an, die Menschen die Möglichkeit bietet, schon sehr früh Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen, die ihnen die Sicherheit gibt, dass sie nicht alleine sind mit ihren Sorgen und Nöten.

Zum **willkommen heißen** und damit zur Stärkung unseres Standortes gehört es genauso, dass es ein **ausreichendes Angebot bezahlbaren Wohnraums** gibt. Wir als Stadt müssen den Rahmen hierfür schaffen. Dazu gehört eine aktive Bodenvorratspolitik genauso wie die gerade beschlossene Erhöhung der Quote für öffentlich geförderten Wohnraum. Wohnraumentwicklung und Soziales sind in unseren Augen eng miteinander verwoben. Die bestehenden Verknüpfungen wollen wir im Rahmen einer Zusammenlegung der Fachbereiche Wohnen und Soziales verstärken und unter anderem alle wohnraumrelevanten Aufgaben an einer zentralen Stelle in der Verwaltung bündeln. Ich danke den zuständigen Dezernenten, Herrn Dr. Barth und Prof. Sicking, an dieser Stelle sehr herzlich für Ihre Offenheit in dem gerade begonnenen Prozess!



Wohnstandort, meine Damen und Herren, das heißt auch, dass der Ort, an dem man wohnt, einer mit Lebensqualität ist, einer, der einem sprichwörtlich Luft zum Atmen lässt. In manchen Straßenzügen unserer Stadt ist das nicht immer der Fall. Lassen Sie mich an dieser Stelle und aus gegebenem Anlass aber sagen: **Eine von oben verordnete Umweltzone ist dafür sicher nicht das Allheilmittel.** Umweltzonen generell sind in ihrer Wirkung stark umstritten, wie sich widersprechende Studien und Stellungnahmen des Bundesumweltamts zeigen. Für unsere Stadt überwiegen unserer Meinung nach die negativen Aspekte und zwar aus folgendem Grund: Als gelebte Europastadt denken wir immer auch die Wirkung unserer Handlungen in unsere Nachbarländer mit - nicht überall kennt man dort Umweltzonen und somit eben auch keine Plaketten. Solch ausgrenzende Ideen, sei es eine Maut oder eben eine Umweltzone, widersprechen hier bei uns dem Gedanken eines freien und offenen Europas.

Dennoch muss die Anordnung der Umweltzone auch Denkanstoß sein: Ja, wir alle, die wechselnden Mehrheiten der letzten Jahre, ob Rot-Grün oder Schwarz-Grün haben nun ein Zeugnis bekommen: "stets bemüht, aber nicht ausreichend". Unsere immer gemeinsam getragenen Anstrengungen, die Luftqualität aus dem gesundheitsschädlichen Bereich heraus zu heben, wurden nicht honoriert, offenbar waren sie auch nicht nachdrücklich genug. **Wichtig ist nun, dass wir nicht nach dem Motto "Ist der Ruf erst ruiniert..." beleidigt resignieren! Wir müssen am Ball bleiben, unsere Maßnahmen gemäß Luftreinehalteplan fortsetzen, wo erforderlich ausweiten, die Verbesserung der Luftqualität als Querschnittsaufgabe betrachten und diese in unser alltägliches Handeln aufnehmen!** Wichtig ist aber auch, dass wir Ruhe bewahren und keine übereilten Entscheidungen treffen. Natürlich müssen wir jetzt wohlüberlegt und an den richtigen Stellen investieren, z.B. in die optimale Nachrüstung unserer Busflotte - Stichwort SCRT-Filtertechnologie wie in Hagen - aber so schnell, wie manche hier nun das Geld locker machen möchten, könnte es die ASEAG gar nicht verwenden. Besonnenheit ist das Gebot der Stunde.

Meine Damen und Herren,

Willkommen heißen. Das setzt sich fort bei Studierenden, die Aachen als Heimat auf Zeit wählen. Vielen von ihnen gefällt es bei uns so gut, dass sie hier bleiben möchten. Dies gilt es zu unterstützen. Willkommen heißen wollen wir auch Unternehmen, die Aachen als Standort wählen und damit Arbeitsplätze schaffen. Zu einem attraktiven Standort Aachen gehört das Kongress-, Kur- und Badewesen



genauso wie eine Ausgestaltung der Einkaufsstadt Aachen und die Förderung städtischer und freier Kultur. Zur Profilierung dieser Marke "Aachen" müssen die verschiedenen Felder eng miteinander verzahnt werden. Wir müssen dafür sorgen dass alle Anstrengungen, die MAC, ats oder auch AGIT heute getrennt erbringen, in Zukunft abgestimmt und aus einem Guss erfolgen.

Wichtig für unsere Stadt ist auch die Sicherung unserer kulturellen Angebote wie Theater, Sinfonieorchester und die gerade angestoßene solide, langfristig orientierte Erhöhung der KASTE-Mittel, also die Förderung freier Kultur. Sicher wäre es uns auch lieber, hier ohne Diskussion deutlich mehr auszugeben, aber **in Zeiten wie diesen bin ich vor allem stolz darauf, dass wir unser bestehendes, gutes kulturelles Angebot erhalten können und punktuell ergänzen.** Immerhin ist bei den KASTE-Mitteln erstmals seit 1989 überhaupt wieder etwas in Bewegung gekommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich weiß, dass fast allen von uns in diesem Jahr ein **"Willkommen"** ganz besonders am Herzen liegt. Ich spreche von den Menschen, Männern und Frauen, Erwachsenen und Kindern, die unter widrigsten Umständen aus Kriegs- und Krisengebieten zu uns kommen, um Schutz bei uns zu suchen.

Alle 10 Minuten stirbt in Syrien ein Mensch, in jeder Minute werden drei Syrer zu Flüchtlingen, alle 15 Sekunden muss ein Kind in Syrien sein Zuhause verlassen. Ähnlich ist die Situation in vielen anderen Gebieten auf dieser Welt. **Betroffene Menschen verlassen ihre Heimat nicht anlasslos, aus freien Stücken.** Sie werden verfolgt, bedroht und sorgen sich um ihre Kinder. Gerade die Kinder und Jugendlichen, die hier bei uns ankommen, haben Schreckliches durchgemacht und gesehen. Für uns gilt es auch weiterhin, ihnen das bestmögliche Willkommen zu bieten, das wir ihnen geben können.

In den 90ern ist es uns in Aachen schon einmal gelungen eine Vielzahl von Menschen willkommen zu heißen und mit Ihnen solidarisch zusammenzustehen. Viele von Ihnen sind bei uns geblieben und das ist gut so. Ich möchte ein Beispiel aus unseren Reihen nennen: Ein junger Mann ist damals alleine als Kind aus Bosnien geflohen. Er hat sich bis nach Aachen durchgeschlagen. Die Aachenerinnen und Aachener haben ihn aufgenommen und ihn willkommen geheißen. Er hat diese Chance genutzt. Sava Jaramaz ist zur Schule gegangen, hat studiert und arbeitet heute als Architekt bei



einem großen Aachener Unternehmen. Darüber hinaus engagiert er sich in der Kommunalpolitik für unser Aachen. Er ist Teil unserer Stadtgesellschaft. **Wir alle profitieren am Ende von solchen Biographien und müssen alles daran setzen, auch heute wieder Flüchtlinge bei uns herzlich willkommen zu heißen.**

Unstrittig ist es keine leichte Aufgabe, vor die wir auch heute wieder gestellt sind, aber ich kann sagen:

Ich bin stolz auf meine Stadt!

Ich bin stolz auf eine Stadt, die es schafft, unter großen Anstrengungen, aber lautlos und selbstverständlich, menschenwürdig und freundlich eine große Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen und willkommen zu heißen. Herzlichen Dank an Herrn Sozialdezernenten Prof. Sicking und sein Team!

Ich bin stolz auf eine Stadt, deren Bürgerinnen und Bürger den Flüchtlingen in ganz überwältigender Zahl freundlich begegnen, die unterstützen, helfen, spenden und Interesse zeigen. **Menschen, die Anteil nehmen.**

Ich bin stolz auf meine Stadt, wenn ich an den vergangenen Sonntag denke. **Mehr als 4000 Menschen haben hinter diesem Rathaus ein Zeichen gesetzt für Toleranz und gegen menschenverachtende Ideologien und Rassismus.** Für ein weltoffenes Aachen und gegen rückwärtsgewandte und völkische Tendenzen.

Die meisten Menschen in dieser Stadt machen es sich nicht so bequem und werfen Ideologien, Fanatismen und Religionen nach Belieben durcheinander. Sie wissen, dass nur eine Grenze schwarz-weiß ist, die Grenze zwischen denen, die menschenverachtende Ideen verbreiten, und denen, die Unbekanntem mit Weltoffenheit, Toleranz und Mitgefühl begegnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben schwierige Rahmenbedingungen, aber **auf die Willkommenskultur in allen Bereichen dieser Stadt können wir stolz sein**, und wir werden alles daran setzen, sie auszubauen und fortzuentwickeln.

Vielen Dank.



Haushaltsrede von Ulla Griepentrog

(Es gilt das gesprochene Wort)

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

um es gleich vorwegzunehmen: Die GRÜNE Fraktion stimmt dem vorgelegten Haushaltsentwurf nicht zu.

Es war ja schon in den Ausschussberatungen deutlich zu sehen: Der Haushalt der neuen Mehrheit hat schon im ersten Jahr, schon nach den ersten gemeinsamen Haushaltsberatungen keine Schwerpunkte, keine Botschaft und keine Vision.

Von einer Parteienkonstellation, die gemeinsam neu antritt, die über eine erdrückende Mehrheit im Stadtrat verfügt, von der muss man erwarten dürfen, dass sie sich der Zukunftsfragen annimmt, dass sie auch schwierige und unangenehme Aufgaben anpackt. Aber was erleben wir? Viel zu wenig, kein Gestaltungswille, keine Ideen!

Wenn Ihnen aber schon im ersten Jahr kaum etwas einfällt, was soll das denn werden in den nächsten fünf Jahren? Was ist mit den Zukunftsthemen dieser Stadt? Was ist mit den - zumindest aus unserer Sicht - drängenden Fragen in der Sozialpolitik, in der Bildungspolitik, in der Verkehrspolitik, bei der Luftreinhaltung, beim Umwelt- und beim Klimaschutz und im Städtebau?

Sie haben mit diesem Haushalt tatsächlich nur einen einzigen Akzent gesetzt. Sie haben Steuern und Gebühren erhöht und das war's.

Wir erinnern uns noch an die vollmundigen Reden des Fraktionsvorsitzenden der SPD in den letzten Jahren. In sehr scharfem Ton wurde damals die kostenlose Kinderbildung, die beitragsfreie Kita, mehr Wohnungsbau und mehr Sozialarbeit gefordert. Und jetzt? Nach nur wenigen Monaten in der Mehrheit sind bei den Sozialdemokraten schon alle Fahnen eingerollt, ist „Dabei sein“ in der Mehrheit alles.

Statt Beitragsfreiheit gab's erst mal Beitragserhöhungen für die Kindertagesstätten und statt einer Wohnungsbauoffensive gibt's erst mal Mieterhöhungen durch höhere Steuern.

CDU und SPD reicht der Hinweis auf die finanzielle Lage der Stadt, um diese Maßnahmen und Ihre Untätigkeit auf allen anderen Gebieten zu rechtfertigen. Die Erkenntnis, dass die finanzielle Situation der Stadt keine großen Sprünge zulässt, ist aber auch keine wirkliche Neuigkeit.

Bei einem Haushaltsvolumen von 800 Millionen Euro kann man auf der anderen Seite aber auch nicht davon sprechen, k e i n Geld zu haben.

Immerhin haben Sie vor, 20 Millionen in die Sanierung des Spielcasinos zu investieren und haben weder ein Nutzungskonzept, noch einen zweiten Mieter.

Immerhin erhöhen Sie den Zuschuss für die Therme in Erwartung von Schließzeiten und Umsatzeinbußen insgesamt um 1,5 Millionen Euro, ohne auf der anderen Seite die Finanzierung der Renovierung und Modernisierung der Therme konkret im Haushalt abgebildet zu haben.

Wir sollten die vorhandenen Haushaltsmittel besser in die Daseinsvorsorge, in eine präventive Sozialpolitik und einen umweltfreundlichen Verkehr investieren, der unseren Kindern nicht die Luft zum Atmen nimmt.

Wir haben Ihnen vorgeschlagen, die schnellere Modernisierung der ASEAG Dieselflotte drei Jahre lang mit einer halben Million Euro zu finanzieren. Das wäre ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität in den besonders belasteten Innenstadtbereichen. Die Stadt muss hier doch mit gutem Beispiel vorangehen. Sie haben das abgelehnt!

Wir haben Ihnen vorgeschlagen, die Zahlungen der Stadt an die ASEAG jährlich um eine weitere halbe Million zu erhöhen, um schrittweise ein Elektrobussystem aufbauen zu können. Aber in ihrem Koalitionsvertrag kommt das Thema ÖPNV und Elektromobilität ja auch kaum vor. Die Fachleute im Mobilitätsausschuss haben einvernehmlich wenigstens einen Auftrag zur Konzeptentwicklung erteilt. Aber Geld in den Haushalt eingestellt haben Sie nicht.

Zwei Jahre nach der Abstimmung über die Campusbahn gibt es keine alternativen Pläne, keine Antworten auf die ungelösten Fragen, keine Perspektive für den Öffentlichen Nahverkehr.

Wir haben Ihnen vorgeschlagen, die Schulsozialarbeit, die bisher aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepakets bezahlt wurde, weiter zu finanzieren. Das Land stellt hierzu eine 70%ige Förderung zur Verfügung. Im Finanzausschuss wurde die Entscheidung darüber vertagt. Stimmen Sie wenigstens hier und heute mit uns überein, dass wir auf diese Arbeit an den Schulen nicht verzichten können. Nein, im Gegenteil, wir werden sie ausbauen müssen! Gut, dass die Verwaltung nun in dieser Woche erklärt hat, die Finanzierung in den für 2016 und den folgenden Jahren einplanen zu wollen.

Wie hier werden wir immer wieder zusätzliche Aufgaben übernehmen, neue Projekte finanzieren müssen. Es geht schlicht und einfach darum, wo wir die Prioritäten setzen. Es geht um die Fragen:

Wie machen wir unsere Stadt zukunftsfest?

Wie schützen wir die Umwelt, wie schaffen wir ein gesundes Klima?

Wie sorgen wir am besten für die gleichberechtigte Teilnahme aller am gesellschaftlichen Leben? Eine gute Bildung für alle – davon bin ich überzeugt – ist das beste, präventive Mittel gegen dumpfe Parolen wie in Dresden, gegen Gewalt und Terror wie in Paris.

Unsere vordringliche Aufgabe ist nicht die Sanierung eines Spielcasinos.

Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Sanierung des Gebäudes. Allerdings muss sich die Investition rechnen und das ist, solange es kein Konzept und keine verbindlichen Mietverträge gibt, nicht der Fall. Der Eurogress wird die Finanzierung am Ende nicht stemmen können. Am

Ende wird dann wieder der städtische Haushalt das Defizit auffangen müssen. Deshalb sagen die GRÜNEN dazu ganz klar: NEIN! Der Haushalt kann sich keinen zweiten Tivoli leisten.

Westspiel investiert in Köln und plant dort selbst ein neues Kasino zu bauen. Warum sollte die Gesellschaft dann nicht auch eine größere Summe als bisher zugestanden in Aachen investieren?

Wir können uns auch keine steigenden Zuschüsse für die Therme leisten. Wir GRÜNE setzen andere Prioritäten:

Wir wollen die Stadt attraktiv machen für junge Menschen, indem sie hier einen leistungsfähigen, modernen ÖPNV nutzen können. Die Studierenden haben ein Semesterticket für Bus und Bahn, kein Auto.

Wir wollen die Freien Kulturinitiativen stärker fördern statt einen teuren und unnötigen Umbau eines Museumseingangs zu finanzieren.

Wir wollen aus dem Hangeweiher ein nach heutigen Ansprüchen attraktives Freibad machen, denn das ist auch ein Stück Daseinsvorsorge für breite Schichten der Bevölkerung.

Wir müssen uns doch fragen, für wen machen wir Politik in dieser Stadt. Wer profitiert wovon?

Dass wir deutlich unterschiedliche Schwerpunkte setzen, konnten wir vor wenigen Tagen eindrucksvoll beobachten. Als die Umweltzone kam, da stimmten CDU und SPD ein in das Wehklagen der Kaufleute. Zum Thema Luftreinhaltung haben Sie in diesem Zusammenhang leider nichts gesagt. Sie sprachen von einem harten Schlag und davon, dass sich die Gäste in unserer Stadt frei bewegen können müssen. Diese Reaktion auf die Umweltzone zeigt doch sehr deutlich, dass Sie mit Umwelt nicht viel am Hut haben.

Und auch im Bereich Planung und Stadtentwicklung fehlt ein ganz entscheidender Baustein, der für die Zukunft unserer Stadt von besonderer Wichtigkeit ist. Ganz bewusst hat die Große Koalition den Wettbewerb für den Bushof und die Entwicklung des Umfelds noch im Veränderungsnachweis aus dem Haushalt gestrichen. Kein Geld mehr für den städtebaulichen Wettbewerb. Kein Geld für die verkehrliche Entwicklung, für die Verlagerung von Haltestellen. Der Bushof ist ein

Dreh- und Angelpunkt für die Innenstadtentwicklung.

Hier soll sich also in den nächsten fünf Jahren gar nichts tun? Haben Sie sich den Bushof, die Räume der VHS mal angesehen? Sind Sie sicher, dass das da alles so bleiben kann? Und schon wieder müssen wir die Frage nach den Prioritäten stellen. Hauptsache Spielcasino und Neues Kurhaus? Ist das wirklich Ihr Ernst?

Die Große Koalition hat zudem in kurzer Zeit ein sehr entspanntes Verhältnis zur Verwaltung entwickelt. Die Kämmerin nutzt die Gelder des Schulreparaturprogramms als Steinbruch für nicht schulische Projekte und Sie sagen nichts. Wenn in den kommenden Jahren die zweite Stufe der technischen Sanierung des Hangeweiherers aus dem Topf für Realschulen bezahlt wird, wenn aus dem Topf der Gesamtschulen Maßnahmen aus Aachen-Nord finanziert werden, kommt von Ihnen kein Protest. Dabei haben einige Schulen in Aachen durchaus erheblichen Renovierungs- und Sanierungsbedarf, werden sogar Toilettenanlagen wegen Unbenutzbarkeit geschlossen.

Auch bei den Mitteln für Sanierung und Instandhaltung im städtischen Wohnungsbestand hat die Verwaltung die politisch beschlossene jährliche Anpassung willkürlich gekürzt. Von CDU und SPD haben wir auch hier keinen Widerspruch gehört. Sie nehmen das einfach so hin. War da nicht mal die Parole von der Wohnungsbauoffensive?

Nein, die Große Koalition übernimmt bisher nicht engagiert die Verantwortung für die Zukunft dieser Stadt. Ihnen reicht die Mehrheit, Sie scheinen gar nicht gestalten zu wollen.

Sie lassen den Oberbürgermeister und die Kämmerin gewähren und Sie fragen nicht, ob Aufgaben noch nötig sind, Aufgaben effizienter durchgeführt werden könnten. Sie machen keine Sparvorschläge. Sie heben stattdessen Steuern und Gebühren an. Wirkliche Initiativen zur Haushaltskonsolidierung können wir leider nicht erkennen.

Bei aller Kritik an den Mehrheitsfraktionen sind wir aber an einem Punkt auch sehr froh, dass wir uns in diesem Rat sehr einig sind. Denen, die zu uns flüchten vor Gewalt und Terror, vor Hunger und Not in ihren Heimatländern, denen stehen wir gemeinsam bei. Angesichts der Bilder

aus den Krisengebieten wird jedem klar: Diese Menschen kommen zu uns, um zu bleiben. Danke Ihnen allen für Ihre klare Haltung und danke auch von hier aus an die vielen Ehrenamtlichen, ohne die die Betreuung und Integration so nicht zu bewältigen wäre, und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die sich mit hohem Engagement und sehr oft über den Feierabend hinaus für eine menschenwürdige Unterbringung und eine gute Betreuung einsetzen.

Sehr geehrte Kämmerin, bei aller Kritik im Einzelnen auch ein herzliches Danke schön an Sie und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

**Ulla Griepentrog
Fraktionssprecherin Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

An die Redaktionen

Aachen, 27. Januar 2015

Haushaltsrede 2015 (Sperrvermerk 28.1.2015, 17:00 Uhr)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

Das Geld ist da. Diese Aussage wird Sie überraschen, denn im Haushalt der Stadt Aachen fehlt es ja wohl. Wie lässt sich dieser Zustand erklären? Eigentlich ganz einfach: Den Kommunen wird seit vielen Jahren durch Steuersenkungen des Bundes massiv Geld entzogen. Ein weiterer Grund für die Schulden auf kommunaler Ebene liegt in den von Land und Bund erlassenen, aber nicht ausreichend gegenfinanzierten Gesetzen. Das Prinzip der Konnexität, d. h. das Prinzip „Wer bestellt, der bezahlt“, ist seit Jahrzehnten verletzt worden.

Gegen diese finanzielle Ausblutung der Kommunen durch den Bund formiert sich zunehmend Widerstand. Das bundesweite Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“, dem sich viele Kommunen angeschlossen haben, fordert u. a. die Schaffung eines gerechten Gemeindefinanzsystems.

Wie können wir nun die Kommunen wieder ausreichend und stabil finanzieren? Hierzu bedarf es eines höheren Anteils der Kommunen am gesamten Steueraufkommen. Die Gegenfinanzierung könnte z. B. durch die Einführung einer Millionärssteuer und durch eine höhere Erbschaftssteuer erfolgen. Eine weitere Voraussetzung ist die strikte Beachtung des bereits erwähnten Konnexitätsprinzips.

Apropos Bundespolitik: Wie in Berlin, so haben wir nun auch in Aachen eine Große Koalition. Aber wir haben noch eine viel größere Koalition, die aus fast allen Ratsmitgliedern besteht und, zusammen mit der Verwaltung, alles tut, um Menschen, die vor Krieg und Verfolgung zu uns geflohen sind, menschenwürdige Wohnungen bereit zu stellen und willkommen zu heißen. Die hierfür notwendigen finanziellen Mittel sind in den Haushalt eingestellt, und das begrüßen wir.

Doch es gibt auch noch die kleinere Große Koalition, bestehend aus CDU und SPD, die sich in den kommenden Jahren um die Geschicke dieser Stadt kümmern soll, und mit dieser Koalition stimmen wir in vielem nicht überein. Aachen ist nicht nur die Hochglanzbroschüren-Stadt mit Karlsjahr und Reitturnier, sondern auch die Stadt, in der die Armut zunimmt. Jedes vierte Kind wächst in armen Verhältnissen auf, und immer mehr Menschen sehen sich mit Altersarmut konfrontiert. Nun hat diese Entwicklung in erster Linie bundespolitische Ursachen, aber die Folgen dieser Politik sind in den Kommunen spürbar, und darum müssen die falschen bundespolitischen Entscheidungen auch in den kommunalen Gremien benannt und kritisiert werden. Unsere Fraktion hat dies im Rat und in den Ausschüssen immer wieder getan, aber von der GroKo hört man hier wenig bis gar nichts.

Unsere Fraktion begrüßt, dass es im sozialen Bereich zu keinen Kürzungen kommt. Aber wir müssen hier genauer hinsehen. In den letzten Jahren sind die Erhöhungen bei den Leistungsvereinbarungen mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege deutlich geringer ausgefallen, als es die gestiegenen Personal- und Sachkosten sowie die erhöhten Beratungszahlen erfordert hätten. Dies kann dazu führen, dass die entsprechenden Träger zukünftig manche Aufgaben nicht mehr oder nicht mehr so umfassend wie bisher wahrnehmen können, was wiederum die sozialen Probleme in Aachen verschärfen könnte.

Für Menschen mit einem geringen Einkommen ist es immer schwieriger geworden, eine bezahlbare Wohnung zu finden. In den letzten Jahren sind viele Wohnungen aus der Sozialbindung gefallen, und diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen. Auf der anderen Seite sind kaum öffentlich geförderte Wohnungen gebaut worden. Nun heißt es im Koalitionsvertrag von CDU und SPD, dass beim Wohnungsbau im Rahmen eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans der Anteil an geförderten Wohnungen zwischen 20 Prozent und 40 Prozent betragen soll, wobei eine Zielmarke von 30 Prozent angestrebt wird. Wenn wir an das Kronprinzenquartier denken, sind Zweifel angebracht, ob sich die GroKo immer an die Aussage aus ihrem Koalitionsvertrag hält oder nicht doch immer wieder vor den Interessen von Investoren einknickt, in dem man z. B. aus der Gesamtwohnfläche Wohneinheiten macht, was letztlich zu weniger preiswertem Wohnraum führt. DIE LINKE fordert, je nach Lage des Wohnprojektes, bis zu 50 Prozent öffentlich geförderten Wohnraum, natürlich gemessen an der Gesamtwohnfläche.

Die Innenstadtentwicklung ist, gerade auch im Hinblick auf das Aquis Plaza, zwar in aller Munde, ohne dass man jedoch etwas wirklich Sinnvolles hört. Wie wollen wir angesichts von 130 Shops, die der neue Einkaufstempel enthalten soll, einer Verödung von Teilen der Innenstadt entgegen wirken? Wie weit müssen Sie durch Aachen gehen, um 130 Geschäfte zu zählen? Und kann man 1 € nicht nur einmal ausgeben? Aber damit nicht genug: Gegenüber dem Aquis Plaza soll ja noch eine weitere ca. 4.000 m² große Fläche für Geschäfte entstehen. Wird z. B. die Großkölnstrasse dem standhalten können?

Für die zukünftige Entwicklung unserer Innenstadt, und hier denke ich auch an die Umgestaltung von Bushof und Büchel mit der Antoniusstrasse, muss ein Grundsatz gelten: Jedes Innenstadtkonzept hat den Interessen und Bedürfnissen der in Aachen lebenden Menschen zu dienen und nicht den Profitinteressen von Investoren.

Wenn es um die Interessen und Vorstellungen der EinwohnerInnen in unserer Stadt geht, müssen wir auch über ihre Beteiligung an politischen Entscheidungen sprechen. Trotz der nicht nur von unserer Fraktion vorgetragenen Kritik am Bürgerforum hat sich an der Ausgestaltung dieses Ausschusses nichts geändert, und auch die Einwohnerfragestunden in den Fachausschüssen bleiben abgeschafft. Die letzte Sitzung des Bürgerforums dauerte gerade einmal 13,5 Minuten. Das, meine Damen und Herren, ist eine Farce. Auch von einem Bürgerhaushalt – Entschuldigung: Dieser Begriff käme ja einer Revolution gleich – ich meine natürlich: Auch von der Beteiligung der BürgerInnen am Haushalt ist nicht mehr die Rede. Manche Menschen gelangen auch über eine ehrenamtliche Tätigkeit zu dem Wunsch, an politischen Prozessen beteiligt zu werden. Und wenn dann das Freiwilligenzentrum der Caritas nach fünf Jahren eine Erhöhung des Zuschusses um unter 1.000 € beantragt und dies vom Hauptausschuss abgelehnt wird, so ist diese Entscheidung kein gutes Signal an die ehrenamtlich Tätigen. Bei den städtischen Ausgaben für die Reiter EM ist man nicht so knauserig. An dieser Stelle noch ein Wort zum Aachen Tourist Service. Angesichts des Karlsjahres mit einem Rekord, was Übernachtungen angeht, sollten doch wohl die Hoteliers und Gastronomen, die ja von der Arbeit des Tourist Service profitieren, auch das Defizit des Vereins ausgleichen.

Nun hat die Große Koalition hinsichtlich der Haushaltskonsolidierung auch über Einnahmeverbesserungen nachgedacht, was auch grundsätzlich nicht schlecht ist. DIE LINKE hat schon immer der Erhöhung von Einnahmen den Vorzug vor Kürzungen gegeben, die meistens diejenigen treffen, die unsere Unterstützung am dringendsten benötigen. Aber die geplante Erhöhung der Grund-

steuer B lehnen wir entschieden ab, da sie auf die MieterInnen umgelegt wird und damit die Wohnkosten in einem ohnehin angespannten Wohnungsmarkt in Aachen weiter anhebt.

Anders sieht es bei der beabsichtigten Einführung einer Wettbürosteuer aus. Hier kann ich nur sagen: Es ist gut, dass die GroKo unserem Antrag folgen will.

Meine Damen und Herren, es ist die Aufgabe einer Opposition, die Vorstellungen und Ziele der Großen Koalition im Rat der Stadt zu kritisieren und unter Umständen abzulehnen. Noch besser ist es jedoch, wenn sie eine Ablehnung mit einem Gegenvorschlag kombiniert. Anstatt die Grundsteuer B schon in diesem Jahr zu erhöhen und nicht erst 2016, wie von der Kämmerin beabsichtigt, haben wir beantragt, eine Gewerbesteuerprüferin oder einen Gewerbesteuerprüfer einzustellen, um die Einnahmesituation für die Stadt zu verbessern. Dies findet, wie wir im Finanzausschuss erfahren durften, auch Unterstützung im Verwaltungsvorstand. Das freut uns. Und wenn dies nicht reicht, kann man für 2016 immer noch über eine erneute Erhöhung der Gewerbesteuer nachdenken.

Lassen Sie mich abschließend noch auf einige weitere für uns sehr wichtige Themen und Herausforderungen eingehen. Zum einen müssen wir endlich die Wiederbesetzungssperre für die VerwaltungsmitarbeiterInnen aufheben, damit diejenigen, die für die Stadt Aachen eine wichtige und engagierte Arbeit leisten, nicht mehr bis an ihre Belastungsgrenze und darüber hinaus gehen müssen. Dass es dagegen zusätzliche Stellen bei ErzieherInnen, im Fachbereich Soziales und bei der Feuerwehr gibt, wird von uns natürlich unterstützt. Ein weiteres Anliegen ist die langfristige Erhaltung und der Ausbau der Schulsozialarbeit, denn Schule hat sich von einem bloßen Lernort zu einem Lebensort entwickelt, und diesem Anspruch können LehrerInnen alleine nicht genügen. Und schließlich wird es in der Aachener Innenstadt ab Ende diesen Jahres eine Umweltzone geben. Auch wenn es in diesem Zusammenhang eine Reihe von Fragen gibt: Bei allen Überlegungen zu Maßnahmen der Luftreinhaltung muss es eine Priorität haben, nämlich die Gesundheit der Menschen in dieser Stadt zu schützen.

Meine Damen und Herren! Der heilige Thomas von Aquin hat einmal gesagt: „Zum künstlichen Reichtum gehören all die Dinge, die an sich kein natürliches Bedürfnis erfüllen, darunter das Geld, das eine Erfindung des Menschen ist“. Und mit dieser Erfindung müssen wir uns jetzt auch im vorliegenden Haushaltsplan herumschlagen, und wir können feststellen: Es gibt Licht, und es gibt Schatten. Es ist genügend Geld da, aber es fehlt in der Kasse der Kämmerin. Da bleibt der Fraktion DIE LINKE nur eines: Wir enthalten uns.

Leo Deumens
Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen

Rede von Wilhelm Helg, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen zu TOP 6, Haushaltsplanberatungen 2015 in der Ratssitzung am 28. Januar 2015

Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Oberbürgermeister, Frau Stadtdirektorin, meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Rat der Stadt Aachen beschließt heute über die Haushaltssatzung 2015 unter Einbeziehung der Veränderungsnachweisungen zum Haushaltsplanentwurf 2015. Der am 22. Oktober 2015 von der Stadtkämmerin, Frau Grehling, eingebrachte Entwurf 2015 wurde in den letzten Wochen und Monaten in den Bezirksvertretungen und Fachausschüssen beraten und ist jetzt beschlussfähig. Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen wird der Satzung jedoch hier und heute nicht zustimmen - wir lehnen diesen Haushalt in der von den neuen Mehrheitsfraktionen geprägten Fassung ab.

Im vergangenen Jahr 2014 ist in Aachen viel passiert. Die alte grün-schwarze Koalition ist über eine Personalfrage und den Umgang miteinander nach dem verlorenen Ratsbürgerentscheid zur Campusbahn zerbrochen, der Wähler hatte im Mai das Wort und die größte Fraktion im Rat, die CDU hat sondiert, Koalitionsgespräche geführt, ist der Wechselstimmung in Aachen gefolgt und hat dem alten grünen Koalitionspartner die kalte Schulter gezeigt und sich mit der SPD einen neuen Koalitionspartner gesucht.

Soweit so gut – nur politisch hat sich in Aachen seitdem so gut wie nichts geändert!

Dies muss sich im Jahr 2015 nun grundlegend ändern! Einer neuen Mehrheit muss immer etwas Zeit gegeben werden sich zueinander zu finden, den Koalitionsvertrag abzuschließen und dann im Sinne der gesamten Bürgerschaft das ihr von den Wählerinnen und Wählern entgegengebrachte Vertrauen zu bestätigen und auch neue Schwerpunkte zu setzen. Dies soll nunmehr insbesondere durch einen Personalwechsel im technischen Dezernat erfolgen, das sechzehn Jahre entscheidend durch eine einseitig grüne Ausrichtung geprägt wurde. Demokratie bedeutet Wechsel durch regelmäßige Richtungsänderungen in der Politik und das ist auch gut so – auch wenn es der einen oder anderen Partei einmal nicht gefällt!

Die FDP-Fraktion wünscht der neuen Mehrheit in Aachen viel Erfolg und bietet ihr von der Oppositionsbank aus ihre Unterstützung bei der Bewältigung der Zukunftsaufgaben an!

Wir haben in Aachen ein angenehmes politisches Arbeitsklima unter den Fraktionen – auch wenn man sich in der Sache das eine oder andere Mal auch einmal ordentlich streitet und dies wird von der Bürgerschaft seit Jahren auch entsprechend gewürdigt!

Gerade der vergangene Sonntag hat noch einmal eindrucksvoll unter Beweis gestellt, wie wir in Aachen bei gefährlichen Entwicklungen und schrecklichen Ereignissen alle - oder zumindest fast alle – zusammenstehen! Nachdem in den letzten Monaten aus diversen Krisengebieten, insbesondere Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak, Afghanistan und aus Afrika zu uns nach Europa gekommen sind, haben sich in vielen Städten Pegida und ähnliche Organisationen aus einer unbegründeten Angst vor einer Islamisierung zu Montagsdemonstrationen zusammengefunden, was insbesondere von Rattenfängern am rechten politischen Rand zu einer Profilierung in der Öffentlichkeit ausgenutzt wurde.

Wir Aachener nehmen diese Flüchtlinge mit offenen Armen und ohne Vorbehalte im Herzen Europas auf! Bei uns gibt es keinen Platz für Ausländerfeindlichkeit, Vorurteile gegen Menschen, die aus anderen Kulturkreisen zu uns kommen, Islamophobie oder gar aus Angst vor Überfremdung entstandenem Hass. Diese Haltung von Solidarität und Weltoffenheit steht für uns Liberale im Mittelpunkt unseres politischen Handelns!

Unser Mitgefühl gilt aber auch – gemeinsam mit allen gesellschaftlichen und religiösen Verbänden, ob sie nun Christen, Juden oder Muslime sind - den Opfern der schrecklichen Anschläge von Paris! Die Meinungs- und Pressefreiheit ist eines der höchsten Güter in einer modernen und toleranten Gesellschaft und die Gemeinschaft derer, die in Europa in Frieden und Freiheit zusammenleben wollen, werden dieses Gut nicht einigen wenigen skrupellosen Mördern preisgeben!

Wir haben in Aachen in den nächsten Jahren vieles auf der Agenda! Die Europameisterschaften im Pferdesport werden wie das Karlsjahr 2014 wiederum viele Menschen aus der ganzen Welt nach Aachen bringen. Hoffentlich wird in den nächsten Jahren irgendwann einmal die Grenze von einer Million Übernachtungen erreicht und überschritten.

Im Oktober wird mit dem Aquis Plaza eine hochmoderne Shopping Mall am Kaiserplatz ihre Pforten für die Kunden öffnen. Dies wird dem Einzelhandel in der Stadt neue Impulse bringen! Wir dürfen aber auch die historische Altstadt rund um Dom und Rathaus nicht vernachlässigen. Es wird daher höchste Zeit, dass sich auch am Büchel endlich etwas tut. Mit dem Abriss des alten maroden Parkhauses noch in diesem Jahr ist es jedoch nicht getan, das gesamte Nikolausviertel muss neu beplant werden mit einem Mix aus kleinteiligem Einzelhandel, einem vielfältigen Gastronomieangebot und hochwertigem innerstädtischen Wohnen in unmittelbarer Nähe zum Weltkulturerbe.

Leider sehr kontraproduktiv ist in diesem Zusammenhang die von der Bezirksregierung für die zweite Jahreshälfte angekündigte Umweltzone. Nicht nur wir Liberale befürchten hier sehr negative Auswirkungen für das alltägliche Leben und den Handel innerhalb des Alleinrings!

Was nun den städtischen Haushalt und somit sowohl die Satzung 2015 als auch die weitere Entwicklung in der mittelfristigen Finanzplanung anbelangt, steht uns in Aachen leider nunmehr das Wasser bis zum Hals! Die Stadtkämmerin hat daher mit dem Erlass einer haushaltswirtschaftlichen Sperre im August vergangenen Jahres ein erstes Signal gesetzt und in der vergangenen Woche im Finanzausschuss berichtet, dass sich diese Maßnahme immerhin in Höhe von rund 7,8 Millionen Euro bewährt und Liquidität und Aufwand geschont hat – und das nachdem einige Ausnahmen gewährt werden mussten, die einen noch günstigeren Effekt in zweistelliger Millionenhöhe verhindert haben.

Die FDP-Fraktion dankt insbesondere Frau Grehling, Herrn Kind und Herrn Koslowski für den eingebrachten Entwurf, über den wir heute debattieren und später abstimmen und entscheiden. Wir wissen, welche Arbeit darin steckt und wie viele Nerven bei dieser Arbeit strapaziert worden sind, wenn täglich neue Zahlen eintrudeln und neue unvorhergesehene Effekte eintreten!

Der Haushalt wird deutlicher transparenter, nicht zuletzt durch die interaktive Einstellung mit der IKVS Datenbank – auch hierfür danken wir der Verwaltung.

Dies ändert jedoch nichts an unserer inhaltlichen Kritik an dem Zahlenwerk an sich. Schon bei der Genehmigung des Haushaltes 2014 hat die Bezirksregierung Köln kritisch angemerkt, dass der Sinn einer kommunalen Haushaltsplanung nicht darin liegen könne nur in jedem Falle das zweimalige aufeinanderfolgende Reißen der Fünfprozenthürde des Eigenkapitalverzehrs gerade so zu vermeiden.

Es wird auf die Dauer nicht mehr ausreichen, Jahr für Jahr immer nur die Hebesätze der kommunalen Steuern zu erhöhen. Letztes Jahr haben wir Liberale als einzige Fraktion in diesem Rat die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes abgelehnt. Die Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens hat uns Recht gegeben! Mit 179,5 Millionen Euro liegen die prognostizierten Einnahmen deutlich unter dem Ansatz zum Zeitpunkt der Einbringung des Entwurfes, auch wenn die Erträge immer noch auf einem sehr hohen Niveau liegen.

Daher mussten die Ansätze nunmehr folgerichtig nach unten korrigiert werden, rund 9 % geringer gegenüber der alten Planung und bis 2018 mit einem jährlichen Zuwachs von 1,5 % versehen auf rund 195 Millionen in der Planung für 2018 statt knapp 201 Millionen in der Planung 2014 im vergangenen Jahr.

Die Erhöhung des Hebesatzes hat also fast überhaupt nicht zu einer Einnahmenverbesserung geführt, sie hat nur gerade einmal eine Verschlechterung vermieden.

Dieses Jahr soll nun der Hebesatz der Grundsteuer B von 495 Punkten um 30 Punkte auf 525 Punkte erhöht werden. Auch diese Hebesatzerhöhung lehnt die FDP-Fraktion – diesmal offenbar nicht alleine – ab! Bereits im Haushaltsplanentwurf wurde die Grundsteuererhöhung für die mittelfristige Finanzplanung 2016 bis 2018 eingeplant. Wegen weiterer Verschlechterungen hat die neue Mehrheit daher die Erhöhung bereits für 2015 im Rahmen der Veränderungsnachweisung auf 2015 vorgezogen. Sie soll rückwirkend ab dem 01.01.2015 in Kraft treten, wird jedoch dazu führen, dass neben der Wirtschaft auch nahezu alle Mieterinnen und Mieter draufzahlen müssen, da die Grundsteuer B im Wege der Nebenkostenabrechnung umlagefähig ist!

Bei einer Ablehnung des Beschlussvorschlages der Verwaltung würde sich der Haushaltsplan 2015 um 2,6 Millionen Euro verschlechtern. Es wird jedoch leider immer nur auf der Ertragsseite nachjustiert, statt endlich einmal auf der Ausgabenseite eine umfangreiche Aufgabenkritik auf die Tagesordnung zu bringen! Hier haben die Grünen vollkommen recht mit ihrer Kritik an der neuen Mehrheit, haben diese Aufgabenkritik in der Vergangenheit jedoch, als sie selbst jahrelang in verschiedenen Konstellationen Verantwortung für diese Stadt in der Gestaltungsmehrheit getragen haben, gescheut wie der Teufel das Weihwasser!

Es ist nunmehr Aufgabe der Großen Koalition als neuer Mehrheit diese Aufgabenkritik auf der Ausgabenseite 2015 in den Vordergrund zu rücken, die Opposition einzubinden und frühzeitig mit den Planungen zu beginnen und beispielsweise die Verpflichtungsermächtigungen bei im Vorjahr nicht begonnenen Investitionen auf den Prüfstand zu stellen, weniger wichtige Investitionen zu verschieben oder ganz zu streichen und damit nicht zuletzt auch erhebliche Zinskosten einzusparen.

Ich wage jedoch heute die Prognose, dass Anfang 2016 außer einer erneuten Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes erneut keine Konsolidierungsmaßnahmen beschlossen werden!

Auch die Einführung weiterer kommunaler Bagatell- und Sondersteuern wie der Bettensteuer vor zwei Jahren oder der Wettbürosteuer in diesem Jahr lehnen wir Liberalen ab. Der Aufwand rechtfertigt keineswegs den vielleicht irgendwann einmal, nämlich nur dann, wenn eine rechtmäßige Satzung gefunden wird, zu erwartenden Ertrag. Für die Rechtswidrigkeit der Wettbürosteuer spricht aber vor allem, dass sie gegen das Gleichartigkeitsverbot verstößt, denn die Wettbürosteuer ist gleichartig zur Sportwettensteuer. Des Weiteren verstößt sie gegen den Gleichheitssatz, denn es existiert keine Rechtfertigung einer unterschiedlichen Behandlung der Wettbüros und der Wettannahmestellen. Die Wettbürosteuer steht damit als Synonym für die Rechtsunsicherheit bei der Einführung einer kommunalen Steuer.

Durch die Veränderungsnachweisung wurden im Ergebnisplan Verbesserungen in Höhe von 2,9 Millionen Euro bei der Konsortialzahlung an die Städteregion, 2,6 Millionen wie soeben erwähnt durch das Vorziehen der Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes, 2,685 Millionen in der ersten Veränderungsnachweisung bei den staatlichen Schlüsselzuweisungen, 1,6 Millionen Euro bei der Regionsumlage und knapp 2 Millionen Euro bei der Hilfe des Bundes für die Unterbringung der Flüchtlinge und Verschlechterungen von 3 Millionen Euro bei der Gewerbesteuer und 2,2 Millionen Euro für die KUBA erzielt. Dies führt dazu, dass der Fehlbedarf 2015 von 39,6 Millionen Euro im Entwurf auf 38,7 Millionen Euro aktuell gesenkt werden konnte, was den Eigenkapitalverzehr 2015 von 4,82 auf 4,73 % senken und 2016 von 5,23 % auf 5,03 % absenken konnte. Der Abstand zum Reißen der 5 %-Grenze wird dadurch etwas größer, was uns aber nur wenig Spielraum verschaffen dürfte.

Wenn man die Entwicklung des Eigenkapitals über einen langfristigen Zeitraum betrachtet, kann einem jeden jedoch nur Angst und Bange werden. Seit der Eröffnungsbilanz 2008 wurden neben einer Ausgleichsrücklage in Höhe von 135,4 Millionen Euro bis 2015 auch bereits fast 100 Millionen Euro aus der allgemeinen Rücklage verzehrt – und bis zum Ende des Zeitraumes der mittelfristigen Finanzplanung 2018 noch einmal fast 115 Millionen – also insgesamt fast eine Viertel Milliarde Euro Eigenkapitalverzehr in einem Jahrzehnt! Es wird damit in den folgenden Jahren immer schwerer die 5 %-Hürde nicht zu reißen, da die Bemessungsgrundlage immer mehr abschmilzt.

Da fragt man sich, wo stünden wir in Aachen heute, wenn die Bürger nicht vor knapp zwei Jahren mit überwältigender Mehrheit beim Ratsbürgerentscheid den Bau der Campusbahn mit Investitions- und Folgekosten in dreistelliger Millionenhöhe gestoppt hätten!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit!

Haushaltsrede 2015 der Piratenfraktion

Wir als Piratenfraktion sind nun das erste Mal als Fraktion dabei und haben ausgiebig versucht, uns mit dem Haushalt zu befassen. Wir haben uns mit der Kämmerei getroffen, haben an Workshops teilgenommen und wir haben natürlich auch unzählige interne Treffen vereinbart.

Es wird hier seit Jahren gepredigt, dass der Haushalt lesbarer gemacht werden soll. Ich habe mal etwas in alten Haushaltsreden gestöbert und habe diverse Sachen entdeckt:

Piratenpartei Başkaya von 2014:

„Zur Lesbarkeit dieser Unterlagen wolle er den dringenden Appell an die Verwaltung richten, diese zukünftig besser aufzuarbeiten, um diese besser lesbar und auch verständlicher für die Bürgerschaft zu machen.“

2013 hat die SPD unter anderem den Haushalt abgelehnt, da die Ausgaben laut SPD nicht korrekt abgebildet wurden.

Heiner Höfken 2011 „der Haushalt in Zukunft trotz NKF wieder für alle Mitglieder des Rates lesbarer sein wird“

Doch was ist in Sachen Lesbarkeit in den letzten Jahren passiert? Die Fraktion die Linke, hat am 20. Juni 2013 einen Antrag zur Maschinenlesbarkeit vom Haushalt gestellt, in dem man fordert, die Daten im „csv“ Format zur Verfügung zu stellen. Am 16.09.2014 wurde dann ein Sachstandsbericht angefordert, da man nach 15 Monaten nichts von dem Antrag gehört hat. In der folgenden Finanzausschusssitzung wurde der Antrag dann weiter zur Bearbeitung deklassiert, mit den Ausführungen, dass man ja schon transparent sei und der Haushalt digital zur Verfügung stehe.

Dann im November 2014 kommt ein gemeinsamer Antrag von CDU und SPD, dass man doch den Haushalt als „csv“ Datei zur Verfügung stellen möchte. Und -zack- in der letzten Sitzung des Finanzausschusses werden wir alle überrascht, dass man nun bemüht ist, den Haushalt in einem neuen Tool zur Verfügung zu stellen, um ihn für die Bürger transparenter zu gestalten. Wir begrüßen den erneuten Vorstoß zu mehr Transparenz und Lesbarkeit ausdrücklich. Und wir hoffen, dass die Verwaltung nun endlich die wirklichen Rohdaten zur Verfügung stellt, damit sich die Open Data Bewegung in Aachen selber damit beschäftigen kann. Wie man den Haushalt lesbarer machen und man selber entscheiden kann, was man auswerten möchte. Die Stadt Aachen hat in 2014 mit ihrem OpenData-Portal schon eine sehr gute Voraussetzung für einen lesbaren Haushalt geschaffen. Die Veröffentlichung von maschinenlesbaren Haushaltsdaten wäre jetzt nur konsequent.

Thema Bürgerhaushalt. Jetzt werden die ersten wieder stöhnen: „Hatten wir schon, war nicht gut!“ Ja war auch nicht gut. Deshalb, wenn man Bürgerbeteiligung und Bürgerhaushalt will, sollte man in erster Linie mit den Bürgern sprechen und

herausfinden, in welcher Form ein Bürgerhaushalt Sinn macht und nicht einer Firma ein x-beliebiges Konzept für teures Geld zu kaufen, um dann ein Alibi zu haben. Frei nach dem Motto „Guck, wir hatten einen Bürgerhaushalt und das hat nicht geklappt!“. Auch hier dürfte ein lesbarer und verständlicher Haushalt den Bürger dazu bringen, sich ernsthaft (und ernstgenommen) mit den städtischen Finanzen zu beschäftigen.

Kommen wir nun zur Vermögenssituation der Stadt Aachen. Ich könnte jetzt ein Zahlenfeuerwerk loslassen aber das hat wenig Sinn. Da die Vermögensverhältnisse nicht genau bestimmt sind. Laut Gesetz ist die Stadt Aachen verpflichtet alle 5 Jahre eine Inventur durchzuführen. Wir dürfen gespannt sein. Auch macht die Stadt nicht deutlich, welche Risiken durch Bürgschaften und insbesondere durch Beteiligungen an Firmen zu erwarten sind.

Wir hören ja immer die Haushaltslage ist angespannt. Und wenn wir uns die Zahlen angucken ist das mit Sicherheit so. Besonders bedenklich ist jedoch die Situation, dass wir von den Rahmenbedingungen her in einer sehr komfortablen Lage sind. Die kommunalen Steuereinnahmen sind auf einem absoluten Höchststand. Die Zinsen von unseren Kassenkrediten sind auf einem Tiefpunkt, die Arbeitslosigkeit relativ niedrig und unser Herr Schäuble schafft die schwarze Null. Trotzdem haben wir eine Neuverschuldung von 39 Mio. €. Doch wie agiert die Stadt in der aktuellen Situation? Anstatt zu schauen, wie man die Region attraktiver für Firmen machen könnte, damit sich Firmen hier neu ansiedeln, passiert genau das Gegenteil. Wir brauchen mehr Geld also erhöhen wir die Gewerbesteuer. Was resultiert daraus? Aachen wird als Gewerbestandort unattraktiver.

Genau das gleiche Verfahren bei der Erhöhung der Marktstandgebühren. Was passiert? Marktbeschicker verlassen die Märkte. Die verbleibenden Marktbeschicker geben die höheren Gebühren in Form von höheren Preisen an die Kundschaft weiter. Wäre es nicht schlauer zu gucken, wie bekommt man mehr Stände an die Märkte, um so die lokalen Betriebe zu stärken? Das skurrile daran ist, dass man bei den städtischen Betrieben genau diese Strategie fährt. Beim Eurogress und der Stawag wird geguckt, wie kann man das Geschäft der Betriebe ausweiten? Warum dann nicht auch anderer Stelle? Die Aachener Politik sollte mehr Vertrauen haben in die einheimische Wirtschaft, diese stärken und eine vertrauensvolle, zukunftsgerichtete Zusammenarbeit aufbauen. Die Steuern immerzu zu erhöhen und dies auch immer eins zu eins mit höheren Einnahmen zu verbinden ist zu kurz gedacht und gefährdet die Lebensqualität und den Wohlstand der Aachener Bevölkerung.

Wir geben z.B. 200.000€ im Jahr für ein Beteiligungscontrolling aus und die schaffen es noch nicht mal die sie betreffenden Ratsunterlagen so aufzubereiten, wie es erforderlich wäre: Dazu gehört, dass die Ratsherren wissen, was sie entscheiden und auf welcher Datenbasis.

Natürlich wissen Sie, verehrte Ratsherren der GroKo, was ein Leverage-Effekt ist!

Da dieses Schlagwort jedoch nicht in den Ratsunterlagen steht, obwohl es doch um dutzende Millionen von Steuergeldern geht, winken Sie die Ausgaben im nicht-öffentlichen Teil der Ratssitzung ohne einen Blick auf alle Risiken durch. Erschwerend kommt dann, wie kürzlich erlebt, hinzu, dass auf konkrete Rückfragen Falschaussagen getätigt werden. Was machen wir bzw. die Stadt, wenn uns der Finanzhebel oder ein anderes Risiko auf die Füße fällt?

Doch was können wir nun tun? Mit der aktuellen Strategie, wo wir zumindest keinerlei Willen zu größeren Sparbemühungen bzw. Risikovermeidung erkennen können, werden wir kurz- bis mittelfristig ins Haushaltssicherungskonzept rutschen. Mit Sicherheit werden wir nicht durch die Umstellung von Apfelschorle auf Sprudel in den Sitzungen den Haushalt konsolidieren. Dazu gehört mehr. Vor allem mehr Mut - auch den Mut, sich unbeliebt zu machen. Möchte sich Aachen ein pompöses Kongresszentrum, mit mehr als 100€ subventionierte Theaterkarten oder einen Fussballverein an der Krefelderstr. wirklich leisten?

Wenn von Seiten der Regierungskoalition und Stadtverwaltung die Motivation da ist, die großen Ausgabenblöcke anzugehen und grundsätzlich zu überprüfen, sind wir gerne zu einer konstruktiven Mitarbeit bereit. Das übliche klein-klein von Regierung gegen Koalition wird die Stadt nicht voranbringen. Und auch nicht das Einsparen von Kleinkram während man die großen Risiken ignoriert.

Bei "Lesbarkeit" muss man zweierlei Aspekte betrachten: Maschinen - bzw. Maschinenlesbarkeit. Maschinenlesbarkeit trägt zu einer automatisierten Darstellung von groben Aspekten bei - einem Überblick also. Menschenlesbarkeit erlaubt es Jedermann, Spar- bzw. Ausgabezwänge zu verstehen und mit zu tragen. Eine Darstellung des Haushaltes wie auf offenerhaushalt.de zeigt einem nur, dass die großen Blöcke wie Sozialausgaben etc. ausserhalb des Einflussbereiches des Rates liegen. Nachdem man dies (als Bürger und Ratsherr) verstanden hat, konzentriert man sich auf die abzustimmenden Punkte. Dort möchte man dann - aufgrund von aussagekräftigen Bezeichnungen und konkreten Zahlen - Projekte, Teilaspekte und Kosten bewerten können. Dies ist aber leider im aktuellen Haushaltsentwurf, trotz guter Ansätze wie Produktbeschreibungen (ab Seite 500), aufgrund von fehlenden Zahlen, unpräzisen Bezeichnungen und - für "normale Menschen" - unverständlichen Begriffen bzw. Allgemeinplätzen wie "Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit" nicht möglich. Die aktuellen Veröffentlichungen führen nur dazu, dass mehr Fragen bzw. Resignation entsteht. Ein tieferes Verständnis setzt Informationen voraus.

Rede zum Haushalt der Stadt Aachen am 28. Januar 2015

Markus Mohr (AfD-Aachen)

Sehr geehrte Bürger von Aachen,

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Sehr geehrte Kollegen,

das deutsche Volk ist ein fleißiges Volk. Es ist das Volk der großen Dichter und Denker, das überall in der Welt hohes Ansehen genießt. Zudem ist es uns gelungen über Generationen hinweg einen durchaus ansehnlichen Wohlstand zu erwirtschaften. Auch hier in Aachen. Diesen Wohlstand verdanken wir nicht nur dem Erfindungsreichtum unserer Ingenieure und den Organisationstalenten in unseren Unternehmen, sondern auch der „typisch deutschen Mentalität“.

Wenn Sie einen Fremden fragen, was für ihn „typisch deutsch“ ist, dann wird er ihnen einige der guten, alten, preußischen Tugenden nennen. Dazu gehören unter anderem Aufrichtigkeit, Ehrlichkeit, Unbestechlichkeit, Zurückhaltung und Sparsamkeit. Doch leider ist seit dem Erstarken der 68er Bewegung eine zunehmende Abkehr von diesen Tugenden und damit einhergehend eine zunehmende Misswirtschaft in den öffentlichen Haushalten festzustellen. Und unter einer solchen Misswirtschaft leidet mittlerweile auch die Stadt Aachen.

Es gehört zu den höchsten Rechten von Parlamenten und kommunalen Räten, über die Verwendung der anvertrauten Mittel, selber entscheiden zu können. Leider ist dieses Recht zunehmend bedroht. Welche kruden Blüten in dieser Hinsicht vor allem die Bevormundung aus Brüssel treibt, sehen wir am jüngsten Beispiel bezüglich der STAWAG. Wenn wegen europäischer Ausschreibungsrichtlinien die Stadt Aachen ihren Strom nicht mehr vom eigenen städtischen Versorger beziehen kann, sondern sich an eine andere Stadt wenden

muss, dann läuft etwas ganz gewaltig aus dem Ruder. Die Hoheit über die öffentlichen Finanzen ist der AfD heilig. Wir lassen uns die Berliner Finanzen nicht aus Brüssel diktieren und auch die Aachener Finanzen nicht aus Köln.

Leider ist gerade letzteres Szenario wieder ein gutes Stück an uns näher herangetreten. Denn die Misswirtschaft stellt uns in Aachen kurz vor eine Zwangsbewirtschaftung aus Köln.

Und da lohnt es sich der Sache auf den Grund zu gehen und einmal nachzusehen, was der Kern für den finanziellen Niedergang unserer Stadt ist.

Das sind im Wesentlichen zwei Punkte. Erstens ist es die fehlende Zurückhaltung bei Großprojekten und zweitens die fehlende Sparsamkeit bei den laufenden Ausgaben.

Zum ersten Punkt: Der fehlenden Zurückhaltung bei den Großprojekten.

Meine Großmutter warurtscheiderin und viele ältere Aachener bezeichnen unserer Stadt gerne als „das größte Dorf im Westen“. Und wenn sie sagen, „das größte *Dorf* im Westen“, dann spricht daraus die typische Aachener Bescheidenheit und Bodenständigkeit.

Leider ist diese Bodenständigkeit und Bescheidenheit vielen führenden Aachener Politikern in den letzten Jahren abhanden gekommen. Ich erinnere dabei nur an den Tivoli oder an das Gewerbegebiet Avantis. Statt einer kontinuierlichen Wirtschaftsförderung, die unsere Stadt Schritt für Schritt weiter bringt und wachsen lässt, sollte es bei Avantis in einem Anflug von ungezügelm Ehrgeiz, direkt der ganz große Wurf sein. Und diese fehlende Bescheidenheit stößt auch bei den Aachener Bürgern zunehmend auf Missfallen.

Wir alle erinnern uns an die Ereignisse rund um die Campusbahn. Wie haben die Bürgerinitiativen dort mobil gemacht? Mit den Schlagworten: „Campusbahn – Schampusbahn – Größenwahn“!

Wenn sich die Bürger in Aachen mit solchen Schlagworten an die Politik wenden und in dieser Form den Spiegel vorhalten, dann muss der eingeschlagene Kurs sehr deutlich hinterfragt werden.

Wenn wir die Großprojekte kritisch hinterfragt haben, dann kommen wir zum zweiten Punkt: Der fehlenden Sparsamkeit bei den Ausgaben.

Und diese Kritik, die geht ganz besonders an die Adresse der CDU, denn sie trägt hier seit vielen Jahren die Hauptverantwortung für die ungezügelten Ausgaben. Die CDU hat ihren Anspruch bürgerliche Politik zu machen, leider schon vor vielen Jahren über Bord geworfen. Sie zieht schon seit Jahren den sozialdemokratischen Karren von SPD und Grünen, der verdammt kostspielig ist.

Einen wichtigen Punkt möchte ich an dieser Stelle einschieben: Wenn ich hier von der CDU Aachen spreche, dann meine ich selbstverständlich nicht alle Ratsleute der CDU Aachen. Ich weiß, dass es unter Ihnen einige gibt, die gerne auch wieder bürgerliche Politik machen würden.

Ich kann an manchen Äußerungen erahnen, wie es um die Meinungsfreiheit in ihrer Partei bestellt sein muss. Wenn sich ihr Fraktionsvorsitzender Harald Baal beim Thema Sonntagsöffnungszeiten hier in den Saal stellt und im Tonfall größter Gönnerhaftigkeit erklärt, dass den CDU Ratsleuten die Abstimmung nun einmal freigegeben sei, dann sagt das schon sehr viel über das demokratische Selbstverständnis der CDU-Spitze aus. Unserem Verständnis nach haben in diesem Saal Abstimmungen grundsätzlich frei zu sein und ausschließlich auf Basis des eigenen Gewissens zu erfolgen.

Doch zurück zu den laufenden Ausgaben: Betrachten wir eines von vielen Beispielen: Die VHS.

Die VHS fällt dem städtischen Haushalt seit Jahren mit Millionenverlusten zur Last. Für 2015 reden wir von einem voraussichtlichen Zuschuss von rund vier Millionen Euro.

Wir schätzen die VHS. Und es ist unabdingbar, dass zu günstigen Preisen Sprachkurse angeboten werden, das Schulabschlüsse nachgemacht werden können und das die Aachener Bürger die Möglichkeit haben, sich für ihr Berufsleben zuzurüsten. Durch Maschinenschreibkurse, Stenographie und ähnlichem. Bedauerlicherweise beschränkt sich die VHS schon lange nicht auf diese sinnvollen Bereiche.

Ich geh jetzt gar nicht auf fragwürdigen Kurse wie "koreanische Trommelkurse" oder "Musik aus dem Frisörsalon" ein. Wenn man das Programm der VHS neutral bewertet, erkennt man Grundsätzliches. Die VHS ist in ihrer heutigen Ausgestaltung zu einem Futtertrog für Esoteriker und Dozenten vom linken politischen Rand geworden.

Was hat ein Kurs zum „Umgang mit Energieräubern und Gefühlsvampiren“ an der VHS in Aachen verloren? Und auch die SED-Nachfolgepartei kommt auf ihre Kosten. So spricht im Mai die Neo-Stalinistin Sahra Wagenknecht zum Thema „Freiheit statt Kapitalismus“. Ich frage einmal ganz offen in die Runde, was würden die Ratskollegen sagen, wenn Bernd Lucke im VHS-Programm stehen würde. Dann würde ein Aufschrei durch das Kollegium gehen, die Absetzung fordern und über die Streichung von Mitteln diskutieren.

Unserem Verständnis nach, hat die VHS politisch neutral zu sein und keine sozialistische Ideologieschleuder zu werden. Mit unnötigen Veranstaltungen tritt die VHS auch zunehmend mit Kleingewerbetreibenden in Konkurrenz. Es werden Zumba-, Fitness-, und Sportkurse angeboten, für die es in Aachen ganz unstrittig eine ausreichende Anzahl von privaten Anbietern gibt. Es ist unnötig mit hohen Subventionen an dieser Stelle in den freien Markt einzugreifen. Das gefährdet die Existenz von Kleingewerbetreibenden und beschneidet sie in ihren Einkommensmöglichkeiten. Das lehnen wir ab.

Ziel muss es sein, die überflüssigen Leistungen zu streichen und zukünftig mindestens eine Million Euro pro Jahr einzusparen. Die VHS ist nur eines von vielen Beispielen, denn Ausgaben werden in Aachen an etlichen Stellen verschwendet.

Sehr geehrte Damen und Herren. Wir müssen endlich an die großen Beträge ran. An die Kostenpositionen, wo es um Millionen geht, statt für Kleinbeträge bei Schülerlotsen den Rotstift anzusetzen.

Der Haushalt ist in erster Linie auf der Ausgabenseite zu sanieren. Und jeder Abgeordnete, der Diskussionen über Sparmaßnahmen in gewissen Bereichen aus rein ideologischen Gründen ablehnt und stattdessen an der Steuerschraube dreht, der handelt bürgerfern und unsozial. Dem Ansinnen, jetzt allen Aachener Bürgern durch die Grundsteuererhöhung in die Tasche zu greifen, um diese Misswirtschaft zu finanzieren, erteilen wir eine klare Absage.

Beim Haushalt 2015 wurden die Hausaufgaben auf der Ausgabenseite nicht gemacht. Und wir werden daher dem vorgelegten Haushaltsplan nicht zustimmen.

(Textfassung zur Rede am 28.01.2015 – Es gilt das gesprochene Wort)

